57. Jahrgang No. 522

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Sonnabend, 6. November 1909

Deutschland und England in Afrika.

Eine Rede Dernburgs.

Bei einem Bankett, das die Londoner Afrikanische Gesellschaft zu Ehren des gegenwärtig in London weilenden Staatssekretärs des deutschen Reichskolonialamts Dernburg gestern abend veranstaltete, hielt Herr Dernburg eine Rede, in der er unter anderem folgendes ausführte:

Es sei eine gebieterische Notwendigkeit, daß das Prestige der Kolonisatoren in Afrika unter allen Umständen aufrechterhalten bleibe, da die Schwarzen keinen Unterschied zwischen den einzelnen europäischen Nationen machten, sondern in allen Weißen lediglich die herrschende Rasse erblickten. Alle Nationen in Afrika hätten in gleichem Maße das höchste Interesse an einem solidarischen Zusammenhalten. In der Bekämpfung der Trunksucht unter den Eingeborenen sei England immer bereit gewesen, mit Deutschland Hand in Hand zu gehen. Der Kongreß zur Bekämpfung der Schlafkrankheit habe zwar zu keinem Abkommen geführt, aber Deutschland und England einander näher gebracht. Weiter dankte Dernburg herzlich für die gastliche Aufnahme, die er überall in Britisch-Südafrika erfahren habe, und sprach zum Schluß seine Anerkennung aus über das Werk des Cecil Rhodes; ebenso rühmte er den Geist der Versöhnung, der die Einigung der großen südafrikanischen Nationen zustande gebracht habe. Hoffentlich würden Deutschland und England auch in Zukunft in derselben Richtung weitermarschieren.

Im weiteren Verlaufe des Banketts ergriff namens der englischen Regierung der Parlamentsunterstaatssekretär der Kolonien Seely das Wort. Er erklärte:

Wir betrachten uns mehr als Vertrauensmänner, denn als Eigentümer in Afrika. Aller Zank hört auf in Fragen der Wohlfahrt der schwarzen Rasse. Es ist unsere erste Pflicht, dafür zu sorgen, daß unsere Gegenwart in Afrika zu größerem Glück der Eingeborenen führe. Hoffen wir, daß unsere beiden Nationen immer in dieser Richtung zusammenwirken werden. Weder die englischen noch die deutschen Kriege haben ein Zehntel der Todesfälle verursacht, die der Schlafkrankheit zuzuschreiben sind. Seely betonte dann den Wert der Anstrengungen, die gemacht werden, um den Kampf gegen diese Krankheit aufzunehmen, und führte weiter aus: Es ist jeder Anlaß für uns gegeben, Freunde zu bleiben. Es wäre ein Unglück für die ganze Welt, wenn unter den Völkern Europas irgendwelcher Streit herrschen würde. Wir wollen nicht streiten, schloß Seely, sondern an dem Wiederaufblühen Afrikas weiterarbeiten.

Auch der deutsche Botschafter Graf Wolff-Metternich sprach über die Notwendigkeit eines Zusammenarbeitens beider Nationen in Afrika. Staatssekretär Dernburg sprach nochmals und wies auf die ersprießliche Tätigkeit Frankreichs in Afrika hin.

Auch ein Gedenktag!

Der Deutsche Reichstag kann am 5. Dezember dieses Jahres kurz nach seinem Zusammentritt einen Gedenktag feiern. Vor fünfzehn Jahren, am 5. Dezember 1894, fand die Schlußsteinlegung des neuen Reichstagsgebäudes durch den Kaiser statt. Fünfzehn Jahre tagt nun bereits der Reichstag im neuen Bau, zu dessen Errichtung mehr als 10 Jahre nötig waren, und dessen Baukosten 22½ Millionen Mark betrugen, während für die künstlerische Ausschmückung noch über 2 Millionen Mark verwendet worden sind. Ueber 43,000 Kubikmeter Granit-, Sand- und Kalksteine sowie 32 Millionen Ziegelsteine wurden für den Bau verwendet, der eine Fläche von 11,260 Quadratmetern einnimmt und bis zur Laterne der Goldkuppel 75 Meter hoch ist.

Das Hauptportal an der Westseite ist bisher nur ein einziges Mal benutzt worden, und zwar am Tage der Einweihung, als der Kaiser von hier aus das Reichstagsgebäude betrat. Die freigelassene Stelle für die Inschrift an der Hauptfront ist auch heute noch unausgefüllt. Die Inschrift „Dem deutschen Volke" hat oben nicht den genügenden Anklang gefunden. Und die seitdem wiederholt von uns vorgeschlagene Inschrift: „Aufgang nur für Herrschaften" ist gleichfalls nicht akzeptiert worden.

Kraetkes Ende.

Daß Herr Kraetke kaum noch einmal seinen Etat vor dem Parlament vertreten wird, ist bereits verschiedentlich angedeutet worden. Die Neubesetzung des Reichspostamtes soll, wie jetzt der „Mil.-Pol. Korrespondenz" aus Bundesratskreisen mitgeteilt wird, in allernächster Zeit erfolgen, und zwar ist gutem Vernehmen nach der Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt, Wirklicher Geheimrat Twele für den Posten als Staatssekretär ausersehen. Sein Nachfolger bei der Finanz soll Geheimer Rat Dr. v. d. Borght, der Präsident des kaiserlichen Statistischen Amtes, werden.

Daß der Thron Kraetkes ernstlich wackelt, darf man daraus schließen, daß jetzt auch seine agrarischen Freunde von ihm abrücken. So etwas aber pflegen diese Politiker nur zu tun, wenn sie wissen, daß die Tage ihrer bisherigen Günstlinge gezählt sind. Die „Deutsche Tagesztg." schreibt heute Herrn Kraetke zum Abschied ins Stammbuch:

In einer hiesigen Korrespondenz wird mit Recht darauf hingewiesen, daß die Abschaffung des Ankunftsstempels auf den Briefen eine recht unzweckmäßige Neuerung sei. Es wird beispielsweise angeführt, daß ein Brief, der am 21. Oktober in Straßburg abgestempelt war, trotz vollkommen genauer und richtiger Aufschrift den Empfänger in Berlin erst am 3. November erreicht hat. Den Nachweis dieser unverständlichen Verspätung zu führen, ist jetzt der Abschaffung des Ankunftsstempels ganz unmöglich. Dieser Ankunftsstempel war besonders im Zeitungsbetriebe unumgänglich notwendig. In einem solchen Betriebe muß um sehr starke Unzuträglichkeiten zu vermeiden, der Nachweis geführt werden können, wann der Brief ausgetragen und in die Hände des Empfängers gelangt ist. Die Unmöglichkeit eines solchen Nachweises führt zu unsäglichen Schwierigkeiten. Wir sind über dem Verdacht erhaben, als ob wir Herrn Kraetke etwas am Zeuge flicken wollten. Im Gegenteil, wir haben ihn gegen ungerechte und übertriebene Angriffe (hat es jemals solche gegeben? Red. der „Berl. Volks-Ztg.") oft und gern in Schutz genommen. Diese Neuerung aber können wir nicht gutheißen. Wir müssen vielmehr die daran geübte Kritik trotz ihrer Schärfe als begründet und berechtigt bezeichnen.

Hoffentlich ist die erste Tat, die der Nachfolger des Herrn Kraetke tut, die Wiedereinführung des Ankunftsstempels. Möge der Nachfolger, dem große Reformaufgaben zufallen, nicht mehr allzu lange auf sich warten lassen. Denn jeder Tag der Verzögerung macht die Zustände schlimmer.

Aus der Partei ausgetreten.

Aus **Chemnitz** wird uns geschrieben:

Pastor Herz, der durchgefallene Kandidat der Freisinnigen im 2. Chemnitzer Wahlkreise, hat wegen der Wahlparole der „freisinnigen" Abgeordneten Günther und Brodauf zugunsten der schlimmsten Reaktionäre seinen Austritt aus der Freisinnigen Volkspartei erklärt. Pastor Herz ist ein außerordentlich tätiger, durchaus ehrlicher Liberaler, der wegen seines echt demokratischen Auftretens vor und im Wahlkampfe bei den Matadoren der Freisinnigen Volkspartei schlecht angeschrieben war; er fand auch im Wahlkampfe von seiten der Chemnitzer Parteileitung gar keine Unterstützung. Uebrigens ist gegen Herz auch ein Disziplinarverfahren anhängig gemacht worden.

Aus der Demokratischen Partei in **Rheinland-Westfalen** schreibt man uns:

In Nr. 517 der „Berliner Volkszeitung" wird von einem Vortrag berichtet, den der schlagfertige Rektor aller Freisinnigen, Herr Kopsch, in Elberfeld kürzlich hielt. Es darf hinzugefügt werden, daß dieser Vortrag durchaus nicht etwa vergeblich war, vielmehr seine Wirkung „voll und ganz" tat. Eins der angesehensten Vorstandsmitglieder des Elberfelder Freisinnigen Vereins, das im Glauben an den alten Freisinn sich mit Händen und Füßen — und leider auch mit Erfolg — feinerzeit dagegen gewehrt hatte, daß jener Verein zur Demokratischen Vereinigung überginge, — wurde durch den Vortrag des Herrn Kopsch so ergriffen, daß er fluchtähnlich dem Elberfelder Freisinnigen Verein den Rücken wandte und nun für die Demokratie gewonnen ist. Und fest steht schon heute, daß dieser Herr nicht der Einzige ist, dem der Kopsch-Vortrag in dieser Weise in die Glieder gefahren ist — das werden die nächsten Wochen lehren. Der Demokratische Verband für Westdeutschland hofft nur, daß Herr Kopsch noch häufiger den Westen mit seinem Besuche beehrt. Der Verband würde eventuell vielleicht sogar zu den Reisekosten zuzuschießen bereit sein.

Immer langsam voran! Die Privatbeamtenversicherung. Ob dem Reichstage in absehbarer Zeit ein Entwurf über die Privatbeamtenversicherung vorgelegt werden kann, ist recht zweifelhaft. Die Gutachten zu der Denkschrift über diese Versicherung, die dem Reichstage seinerzeit vorgelegen hatte, bilden wohl die Grundlage für einen zukünftigen Entwurf, doch sind die vertretenen Meinungen so grundverschieden, daß die Bearbeitung eines Entwurfes große Schwierigkeiten hat. Es ist kaum anzunehmen, daß das nächste Jahr bereits einen Abschluß zeitigen wird.

Der Zeugniszwang und die Presse. Wie die „Korr. Wolff" meldet, soll der neue Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Lisco von jeher ein Gegner hochpolitischer Preßprozesse gewesen sein und die Verhängung des Zeugniszwanges als nicht mehr zeitgemäß verurteilt haben. Die Freunde des neuen Staatssekretärs versprechen sich von seiner zukünftigen Amtsführung Reformen im fortschrittlichen Sinne, die namentlich beim neuen Strafgesetzbuch zum Ausdruck kommen dürften. Im Parlament dürfte sich Dr. Lisco recht bald viele Freunde erwerben. — Erst abwarten, dann Tee trinken!

Bei der geplanten Neuregelung des Verkehrs mit Arzneimitteln soll nach dem Rezept „halb und halb" gearbeitet werden. Es soll den Wünschen der Drogisten bezüglich der Freigabe von Arzneimitteln, die bisher nur die Apotheken verkaufen dürfen, tunlichst entgegengekommen werden, weil damit den Interessen des Publikums gedient sein wird. Die Neuregelung des Arzneimittelverkehrs wird aber auch die Verhältnisse des Apothekenwesens nicht außer acht lassen und einen Mittelweg einschlagen, um beiden Richtungen gerecht zu werden. Ein staatlicher Befähigungsnachweis für Drogisten ist nicht geplant.

Der Oberpräsident der Provinz Schlesien Graf **v. Zedlitz-Trützschler** bestätigt einem Privat-Telegramm aus Breslau zufolge, daß er sein Abschiedsgesuch eingereicht und zum Jahresschluß von seinem Amte zurücktreten werde.

Das Kinderprivileg soll nach einer Verfügung des Finanzministers an die Vorsitzenden der Einkommensteuerberufungskommissionen auch auf Angehörige der Ehefrau, denen auf Grund der §§ 1601 und 1615 des Bürgerlichen Gesetzbuchs Unterhalt gewährt wird, ausgedehnt werden, ohne daß es darauf ankommt, ob im Einzelfalle die Ehefrau Einkommen oder Vermögen, das dem steuerpflichtigen Einkommen oder Vermögen des Ehemannes hinzuzurechnen wäre, besitzt oder nicht.

Die Messengerboys als Privatpost.

In der Strafsache gegen eine Reihe von Angeklagten in Breslau, über die das Reichsgericht am 2. d. M. verhandelte, wurde gestern das Urteil verkündet. Das Urteil des Landgerichts Breslau vom 2. Juni wurde teilweise aufgehoben, im übrigen wurde die Revision verworfen. In der Hauptsache wurde das landgerichtliche Urteil bestätigt, nämlich insofern es festgestellt hat, daß das Messengerboyinstitut eine Privatpost betrieben hat. Darüber, daß ein Dienstmannsinstitut nicht ohne weiteres den Betrieb einer Privatpost darstelle, bestehe allerdings kein Zweifel; dagegen sei es sehr wohl möglich, den Betrieb eines Dienstmannsinstituts in einer Weise zu organisieren und über seinen eigentlichen Zweck auszudehnen, daß der Begriff der verbotenen Privatpost gegeben ist. Eine solche Feststellung sei im vorliegenden Falle getroffen. Aufgehoben werde das Urteil nur, weil zwei verschiedene Straftaten angenommen worden sind, nämlich der Betrieb einer Privatpost und die Beförderung von Briefen, während diese doch zum Betriebe der Privatpost gehört. Fehlerhaft war das Urteil auch bezüglich der Strafzumessung bei den beiden Hauptangeklagten, sofern die Ersatzstrafen für die Geldstrafen in Frage kommen.

Die Mansfelder Polizeistunde.

Eine empfindliche Niederlage hat der übereifrige Landrat des Mansfelder Gebirgskreises in seinem Kampfe gegen die streikenden Bergleute erlitten. Ein Privat-Telegramm aus Halle meldet uns: Der Landrat des Mansfelder Gebirgskreises hatte im vermeintlichen Interesse der Sicherheit die Polizeistunde für Wirtschaften, in denen die Streikbureaus arbeiten und Streikversammlungen stattfinden, auf 8 Uhr heruntergesetzt. Oberpräsident v. Hegel hob jedoch diese Maßnahme als unbegründet auf und ordnete die Polizeistunde auf 11 Uhr an.

Vom Streik selbst wird aus Eisleben berichtet:

Die Lage hat sich bisher noch nicht wesentlich verändert. Allerdings ist insofern ein Abflauen des Streiks zu verzeichnen, als seit acht Tagen etwa 1500 Mann von den Streikenden wieder angefahren sind. Die Zahl der Streikenden beträgt jetzt noch ungefähr 8000. Auf dem Hermannschacht ist die Arbeit bereits wieder voll aufgenommen worden. Die Hütten arbeiten, ohne auch nur eine Stunde die Arbeit unterbrochen zu haben, weiter. In Helfta, Helbra, Hettstedt, Eisleben und auch in den anderen Ortschaften finden nach wie vor fast täglich Versammlungen statt, in denen die Streikleitung zum Ausharren ermahnt. Davon, daß auf die Interpellation mehrerer Städte Verhandlungen zwischen der Bergwerksdirektion und dem Arbeiterausschuß angebahnt worden sein sollen, weiß man hier nichts. Hier ist nur bekannt, daß Leipzig es strikte abgelehnt hat, sich in die Angelegenheit hineinzumischen. Das Militär ist noch immer in voller Stärke anwesend und bewacht den Schichtwechsel. Es soll aber jetzt noch eine große Anzahl Gendarmen hierher beordert sein. Für diesen Fall rechnet man damit, daß dann das Militär zurückgezogen werden wird.

Der denunzierte Landrat.

Als verkappten Sozialdemokraten denunziert das biedere und allezeit christlich-teutsche hiesige Bündlerblatt den Landrat des Kreises Minden, den Abgeordneten Eckert. Dieser meinte bei einer Besprechung der sächsischen Landtagswahlen, daß die 20 Sozialdemokraten (unterdessen sind es 25 geworden) für Sachsen nicht beängstigend seien. Ihre Anwesenheit entspreche nur der Billigkeit. Anarchistische Gelüste der sozialdemokratischen Partei seien niederzuhalten, im übrigen aber habe sie denselben Anspruch darauf, gehört zu werden, wie die übrigen Parteien, und es sei gut, wenn sie gehört würde.

Ob dieser verständigen Worte hat das Bündlerorgan einen Wutanfall. Es bemerkt hämisch:

„Sollte sich der Herr Landrat wirklich so ausgesprochen haben? Sollte er es wirklich für ein Gebot der Billigkeit erachten, daß die Vertreter der antimonarchischen Partei, die den Umsturz der Verfassung erstrebt, der Volksvertretung angehören und daß sie darauf Anspruch haben, gehört zu werden, denselben Anspruch, wie die übrigen Parteien? Wir können das kaum für möglich halten. Das würde eine Unklarheit und eine Verwirrung der Begriffe bekunden, die bei einem preußischen Landrate überaus befremdlich wäre."

Mit anderen Worten: diesem Ketzer gegen das allerheiligste Agrariertum muß im beschleunigten Verfahren das Genick gebrochen werden. Denn ein preußischer Landrat darf wohl agrarisch-konservative Wahlmache üben, reaktionäre Kalender vertreiben, Liberale schikanieren; aber wenn er es wagt, einer Partei der Linken, und nun gar der Sozialdemokratie die Existenzberechtigung zuzusprechen, so fliegt er! Die agrarische Unverschämtheit kann nicht wirkungsvoller beleuchtet werden, als durch dieses neueste Denunziantenstück.

Der Kampf gegen das Oberhaus. Wie aus London berichtet wird, beantragte in der gestrigen Sitzung des Unterhauses der Chefsekretär für Irland Birrel, die Zusatzanträge des Oberhauses zur irischen Landbill en bloc abzulehnen. Der Minister führte aus, daß das Oberhaus 24 Paragraphen vollständig gestrichen, 13 abgeändert und 13 neu eingefügt hätte. Der Entwurf des Oberhauses sei mit den Vorschlägen der Regierung unvereinbar. Aber für ein Kompromiß sei ein großer Spielraum vorhanden, und er sei bemüht, ein Uebereinkommen zustande zu bringen. Die Zusatzanträge wurden sodann mit 219 gegen 54 Stimmen abgelehnt und das Haus bis zum 23. d. M. vertagt.

Noch ein Königsinterview.

Das Interview, das der König Alfons von Spanien kürzlich einem französischen Journalisten gewährt hat, macht Schule. Jetzt hat sich auch der König von Griechenland interviewen lassen, und zwar von einem Berichterstatter des Pariser „Matin". Der König von Griechenland erklärte in dieser Unterredung:

Die Griechen sind ein braves Volk, sie besitzen große und edle Eigenschaften. Ihr gesunder Menschenverstand und ihre lebendige Intelligenz werden alle Zwistigkeiten überwinden. Die schnelle und sichere Art, womit sie den in der Marine vorgekommenen Zwischenfall geregelt haben, und das strenge Urteil, das jedermann über den Akt des Wahnsinns gefällt hat, zeigen, daß der Patriotismus und die gesunde Vernunft in unserem Volke unversehrt geblieben sind. Ich habe unerschütterliches Vertrauen auf die Zukunft und die Wohlfahrt Griechenlands. Daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten eine friedliche und ruhige Lösung finden werden, ist meine Hoffnung und Zuversicht.

Der König hat also das Interview dazu benutzt, um seinem Volke die größten Schmeicheleien zu sagen. Wie